

Merkel, Wolfgang

Book Part — Published Version

Demokratische Resilienz als Konzept

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (2024) : Demokratische Resilienz als Konzept, In: Nida-Rümelin, Julian /Gegner, Timo /Oldenbourg, Andreas (Ed.): Normative Konstituenzen der Demokratie, ISBN 978-3-11-111814-7, De Gruyter, Berlin, pp. 341-358, <https://doi.org/10.1515/9783111118147-022>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313530>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Wolfgang Merkel

Demokratische Resilienz als Konzept

Abstract: Resilience has risen to become a key concept in science and society. Resilience is used in many scientific disciplines as diverse as materials science, architecture, engineering, psychology, sociology, sustainability science, and now, for some years, political science too. More generally, resilience means the ability of an object or a system to withstand external and internal disturbances, impositions, and shocks without giving up its fundamental structures and functions. Democratic resilience enables transformation but prevents systemic change. As a scientific concept, democratic resilience is, on the one hand, an analytical category that seeks to grasp empirically „what is“ (what resilience potential does a given democratic system have?) and, on the other hand, postulates normatively „what should be“ (what is a desirable resilient democracy and how can it be established?). The empirical and the normative dimensions of the concept of resilience must be kept apart. This applies not least to democracy research.

Resilienz ist zu einem Schlüsselbegriff in Wissenschaft und Gesellschaft aufgestiegen. Aus dem Nichts, wie der Staats- und Verfassungstheoretiker Gunnar Folke Schuppert (2021) schreibt.¹ Dies gilt für die beiden ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts. Resilienz wird heute in so unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen wie der Materialwissenschaft, der Architektur, dem Ingenieurwesen, der Gesundheitsforschung, der Psychologie, Soziologie, Ökologie, Nachhaltigkeitswissenschaft und nunmehr seit einigen Jahren auch in der Politikwissenschaft verwendet.

Der Begriff stammt aus der Werkstoffphysik und beschreibt dort die Fähigkeit von „Materialien, nach ihrer temporären Verformung wieder in ihren Ausgangszustand zurückzukehren“ (Bröckling 2017, 1). Allgemeiner bedeutet Resilienz die Fähigkeit eines Gegenstands oder eines Systems, äußeren und inneren Störungen, Zumutungen und Schocks zu widerstehen, ohne seine grundsätzlichen Strukturen und Funktionen aufzugeben. Resilienz ermöglicht Transformation, aber verhindert den Systemwechsel. Als wissenschaftlicher Begriff ist Resilienz zum einen eine analytische Kategorie, die begrifflich-empirisch fassen will, „was ist“ (welches Resilienzpotenzial hat ein bestimmtes demokratisches System?), und zum anderen

¹ Dieser Aufsatz ist erstmals erschienen in: Wolfgang Merkel 2023: *Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main: Campus.

normativ postuliert, „was sein soll“ (wie ist eine wünschbare resiliente Demokratie herzustellen?). Die empirische und die normative Dimension des Resilienzbegriffs sind zunächst auseinanderzuhalten. Dies gilt nicht zuletzt für die Demokratieforschung.

1 Zwei Konjunkturen der Demokratie

Nach dem Kollaps der Sowjetunion und der kommunistischen Diktaturen Osteuropas im Jahr 1989 herrschte demokratische Aufbruchstimmung. Autokratien wurden zu Demokratien, und selbst in den etablierten Demokratien des Westens ging es um nichts weniger als um die „Demokratisierung der Demokratie“. Der Optimismus verebbte nach zwei Dekaden. Nun fokussierte sich die Debatte in Ost wie West auf die demokratische Selbstverteidigung und die Resilienz der Demokratie. Warum ist gegenwärtig gerade die Resilienz der Demokratie das große Thema? Warum ihre Notwendigkeit, warum die Möglichkeiten ihrer Stärkung, und worin sehen wir die Kräfte ihrer Auszehrung?

Die erste Antwort lautet: weil die Demokratie heute Gefahr läuft, an Steuerungsfähigkeit nach innen wie nach außen zu verlieren (Lührmann/Merkel 2023). Sie wird zudem als System von effizienten autokratischen (VR China) oder hybriden (Singapur) Regimen herausgefordert. Insbesondere die kapitalistische Diktatur der VR China erscheint heute, was die Effizienz betrifft, manchen als ein Konkurrent liberaldemokratisch-kapitalistischer Systeme. Konkurrenzlos hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, ein ungeheures ökonomisches Potenzial und eine als effektiv wahrgenommene Regierungsweise in fundamentalen Krisen, wie der Covid-19-Pandemie, wirken aus der Ferne als verführerisches Dispositiv in Anbetracht der Schwächen und Langsamkeit der Demokratie in Wirtschaft, Gesellschaft und Krise.

Wie eine Gesellschaft – und ihre professionellen Deuter – auf sich selbst und ihre politische Verfasstheit blickt, sagt über den jeweils herrschenden Zeitgeist ebenso viel aus wie über den Zustand der Demokratie. Seit knapp zehn Jahren überschwemmen akademische Bücher namhafter westlicher Autorinnen und Autoren den Markt, deren Titel schon ihre Essenz verkünden: *Life and Death of Democracy*, *How Democracies Die*, *The End of Democracy*, *Niedergang der Demokratie* oder kurz und bündig *Democrisis*. Der optimistische Überschwang der beiden vorhergehenden Dekaden hat sich in analoger Übertreibung in sein Gegenteil verkehrt. Allerdings beginnt sich jüngst synchron zu den Untergangs- und Krisengesängen eine andere Perspektive zu öffnen. Sie lässt sich kurz zusammengefasst als „demokratische Resilienz“ oder „Resilienz der Demokratie“ bezeichnen. Sie bestreitet nicht die ungelösten Herausforderungen der Demokratie oder die erkennbaren Tendenzen der demokratischen Erosion. Allerdings nimmt sie diese nicht als

fatales Ergebnis, sondern als Ausgangspunkt der eigenen Analysen und versucht auf dieser Grundlage, über die Möglichkeitsbedingungen demokratischer Resilienz nachzudenken.

2 Was bedeutet „Resilienz der Demokratie“?

Es gibt Gründe, den ubiquitären Krisen-, Abstiegs- und Endzeit-Diagnosen skeptisch gegenüber zu stehen, insbesondere wenn sie deterministisch aufgerüstet werden (Merkel 2015). „Die“ Demokratie im Singular ist ein Abstraktum, welches in der realen Welt nicht zu finden ist. Dänemark ist nicht die USA, Finnland nicht Rumänien, Kanada schon gar nicht Polen oder Ungarn. Dennoch kann man Zweifel hegen, ob die Demokratien des liberalen Westens gewappnet sind, die großen Herausforderungen des gegenwärtigen Jahrzehnts erneuter Transformation zu meistern. Und zwar so, dass ihre liberale Grundstruktur nicht beschädigt wird, die exekutive Kompetenz zur Problemlösung durchsetzungsfähig ist und die Gesellschaft nicht auseinanderbricht. Ob diese drei für die Demokratie überlebenswichtigen Funktionen beispielsweise dem klimaneutralen Umbau der Industriegesellschaft bei einer fairen Lastenverteilung standhalten können, darüber entscheidet die Resilienz der Demokratie. Was aber ist demokratische Resilienz, welche Funktionen muss sie erfüllen und welche Strukturen und Akteure benötigt sie? Ich definiere „demokratische Resilienz“ wie folgt:

Demokratische Resilienz ist die Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen und interne Stressoren zu absorbieren und sich den wandelnden funktionalen Bedingungen demokratischen Regierens dynamisch anzupassen, ohne in einen Regimewechsel zu geraten und seine definierenden Prinzipien, Funktionen und Normen aufzugeben oder zu beschädigen.

Es geht also darum, in welcher Weise Strukturen, Funktionen und Akteure innerhalb eines demokratischen Herrschaftssystems interagieren sollen, damit sie möglichst effektiv und demokratisch auf die sich ändernden Systemkontexte, wie etwa externe Krisen, reagieren können. Ein solches Konzept lässt sich sowohl über den „akteurszentrierten Institutionalismus“ (Scharpf 2000) wie systemtheoretischen Funktionsüberlegungen entwickeln.

Grafisch lässt sich diese basale Definition in einem Konzept der demokratischen Resilienz folgendermaßen ausdifferenzieren. In den Ecken sind paradigmatisch vier fundamentale Herausforderungen skizziert, die das liberaldemokratische System in den zwanziger Jahren des 21. Jahrhunderts so bestehen muss, dass es weder den sie definierenden Charakter des liberalen Rechtsstaats noch die Geltung partizipativ-repräsentativer Volkssouveränität verliert oder substanzielle Beschä-

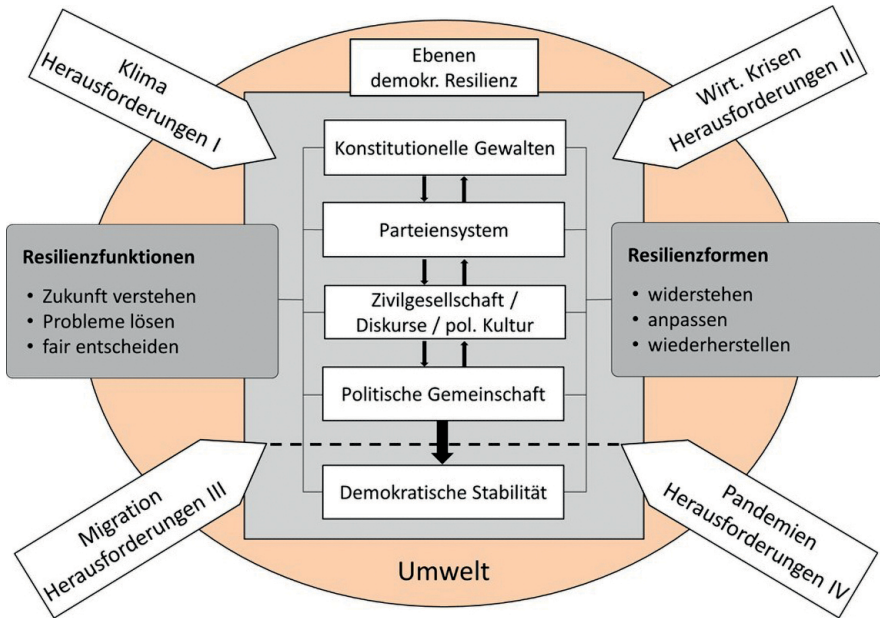


Abb. 1: Mehrebenenmodell demokratischer Resilienz, © Wolfgang Merkel

digungen erfährt. Diese vier Herausforderungen sind: CO₂-neutraler Umbau des fossilen Industriestaats, Wirtschaftskrisen und sozioökonomische Ungleichheit, Migrationsdruck und Pandemie. Diese sind keineswegs die einzigen Zumutungen für das gegenwärtige Jahrzehnt, aber vermutlich die größten.

Für die Bearbeitung dieser transformativen Aufgaben stehen staatliche, politische und gesellschaftliche Akteure wie Regierungen, politische Parteien, Interessengruppen, NGOs, Gerichte, aber auch die Bürgerinnen und Bürger bereit. Sie müssen ihrerseits nach demokratisch-rechtsstaatlichen Prinzipien und Verfahren handeln, zumindest in ihrer deutlichen Mehrheit. Agieren Akteure, wie etwa die präsidentielle Exekutive unter Putin in Russland oder Erdoğan in der Türkei, mit allen ihren Machtressourcen konsequent gegen den Rechtsstaat, die Demokratie und die Opposition, dann kippen rudimentär demokratische Regime in autokratische Herrschaft. Handeln Akteure, wie die ungarische Regierung unter Orbáns Fidesz oder die PiS in Polen, illiberal, korrupt und undemokratisch, treffen sie härtere institutionelle, oppositionelle und europapolitische Restriktionen, die ihren Handlungsraum erheblich einschränken. Sie kippen deshalb nicht einfach in vergleichbar autoritäre Regime, sondern transformieren sich von liberalen zu illiberal-defekte Demokratien. Fordern antisystemische oder semi-loyale rechtspopulistische Parteien wie in Italien die liberale Demokratie heraus, wird es von den Anti-

zipationen und Reaktionen der demokratischen Parteien und Bürger abhängen, wie sie die Resilienz des Demokratischen bewahren oder gar stärken können.

Es sind die vier elementaren strukturellen Ebenen eines demokratischen Systems (s. Abb. 1), auf denen Akteure interagieren und demokratische Resilienz produziert oder verloren wird. Die vier Ebenen stehen ihrerseits durch ihre institutionellen Verflechtungen und die jeweils handelnden Akteure wechselseitig in einem dynamischen Verhältnis. Dadurch können sich positive wie negative (anti-) demokratische Infektionen rasch auf die nächsten Ebenen ausbreiten. Gerade diese dynamische Interdependenz gilt es im Blick zu halten, wenn die demokratische Resilienz des Gesamtsystems analysiert werden soll. Ich will die vier Ebenen und ihre Akteure kurz durchleuchten und knapp indizieren, wo die Risiken und Chancen demokratischer Resilienz im nächsten Jahrzehnt liegen. Der Blick wird sich dabei nicht auf die neo-autoritären oder illiberalen Regime richten, sondern auf die Resilienz der gegenwärtig (noch) liberal-rechtsstaatlichen Demokratien Westeuropas.

2.1 Gewaltenkontrolle und Gewaltenbalance

Im Zuge der Globalisierung und Europäisierung hat sich in den meisten der demokratischen Staaten die Machtbalance zwischen Exekutive, Legislative und Judikative verschoben. Insbesondere die Exekutive hat von dieser anhaltenden „Denationalisierung“ der Politikgestaltung profitiert (Zürn 1998), denn es sind vor allem die Regierungen, die die Beschlussfassung bei den G7, G20, der WTO (Welthandelsorganisation) oder der EU (Europäische Union) tragen. Nationale Parlamente bleiben davon weitgehend ausgeschlossen und haben infolgedessen einen schleichenden Machtverlust erlitten.

Verstärkt wurde diese Machtverschiebung durch die Politikmuster bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. In Deutschland wie in anderen europäischen Demokratien zog die Exekutive auf dem Verordnungswege oder über notstandsähnliche Befugnisse weitere Entscheidungsgewalt an sich. Sie begründete diese Machtverschiebung mit einem der Pandemie geschuldeten Zeitdruck, der keine „zeitraubenden“ Parlamentsdebatten zuließe. Legitimationstheoretisch bedeutete dies, dass die Legitimationsquelle des partizipativen Inputs von Bürgern und Parlamenten zugunsten des legitimatorischen Outputs, verstanden als Problemlösung durch die Exekutive, zurückgefahren wurde. Dies muss in einer absoluten Notstandssituation nicht illegitim sein, droht aber Erinnerungssedimente bei durchgriffsbereiten Politikern, bei trägen Institutionen und paternalismusaffinen Bürgerinnen und Bürgern zurückzulassen. Dass dies nicht nur eine plausible Vermutung ist, sondern empirisch in Deutschland zu beobachten war, zeigt eine

jüngste Umfragestudie von Diermeier und Niehues (2021). Die Autoren stellen bei umstrittenen politischen Themen wie der Migration, der Klimapolitik und der Coronapandemie fest, dass beachtliche Gruppen der Bevölkerung bereit sind, in krisenhaften Zeiten auf „zeitraubende Prozesse“ parlamentarischer Entscheidungsfindung zu verzichten, wenn es der vermuteten Effizienz bei der Problemlösung hilft. Dies trifft etwa auf AfD-Anhänger in der Migrations- und Flüchtlingsfrage, auf Grünen-Anhänger in der Klimafrage und in der Coronakrise quer durch die Parteien und Bevölkerungsschichten zu (Svolik et al. 2022, 5 ff.). Als Faustregel kann gelten, je höher der Bildungsgrad, umso geringer die Neigung, demokratische Prinzipien und Verfahren der vermuteten Effizienz zu opfern. Dieses Faktum gibt auch erste Einsichten frei, wie an dieser Stelle demokratische Resilienz durch bessere (politische) Bildung gestärkt werden kann.

Innerhalb der Gewaltenteilung geht es in Fragen der demokratischen Resilienz nicht zuletzt darum, die in Zeiten von Transnationalisierung und externen Krisen privilegierte Position der Exekutive durch gut funktionierende Legislativen und Judikativen einzuhegen. Positiv ist beispielsweise zu vermerken, dass innerhalb der Gewaltenkontrolle besonders die Verwaltungsgerichtsbarkeit ihre rechtsstaatliche Kontrollfunktion während der Coronapandemie – zumindest in Deutschland – effektiv ausfüllte. So „kassierten“ Verwaltungsgerichte immer wieder exekutive Verordnungen als unverhältnismäßig. Problematisch war dagegen, dass die grüne Opposition in der Pandemie ihre Oppositionsrolle nicht wahrnahm. In der Zukunft wird aber gerade das Parlament als der legitimierende Kern der repräsentativen Demokratie gestärkt werden müssen. Für die Klimapolitik darf die entparlamentarisierte Pandemiepolitik während der Coronakrise keine Blaupause sein. Beim klimaneutralen Umbau des fossilen Industriestaats müssen die Parlamente ihre Rechte als normsetzende und kontrollierende Institutionen wieder stärker wahrnehmen. Allgemein wird es bei den drei konstitutionellen Gewalten darauf ankommen, die Entscheidungs- und Kontrollfragen so zu organisieren, dass das demokratische System auch in Krisen inhalts- und zukunfts offen ist. Gleichzeitig müssen die Entscheidungen an die Geltung der Grundrechte und basalen demokratischen Normen gebunden bleiben. Die drei Gewalten müssen im Rahmen der geltenden Verfassung den gesellschaftlichen Wandel in verfassungstreuer Stabilität ermöglichen. Das ist eine grundsätzliche Bedingung für die Resilienz der Demokratie auf der basalen Ebene der *Polity* (Schuppert 2021).

2.2 Parteien und Parteiensysteme

Auf der Ebene der *Politics* sind in den meisten parlamentarischen Demokratien politische Parteien die dominierenden Akteure. Das gilt in besonderem Maße für

Deutschland und die Staaten der Europäischen Union. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung beträgt in der EU ungefähr zwei Drittel der Wahlberechtigten. Das ist keine hervorragende, aber durchaus eine solide Legitimation. Gleichzeitig zeigen seriöse Umfragen, wie jene des Eurobarometers, dramatisch niedrige Vertrauenswerte der Bürgerinnen und Bürger in politische Parteien. Zudem haben Mitglieder in den letzten zwanzig Jahren die politischen Parteien in Scharen verlassen oder sind ihnen weggestorben. Die Grünen in Deutschland und die Rechtspopulisten in Europa bilden hier die Ausnahmen. Die Wahlerfolge der Rechtspopulisten deuten auf eine signifikante Repräsentationsschwäche der etablierten demokratischen Parteien hin. Das besondere Problem hierbei ist, dass die rechtspopulistischen Parteien bestenfalls „semi-loyal“ gegenüber der Demokratie sind. In manchen Ländern haben sie gar antisystemischen Charakter angenommen. Den Demokraten muss es gelingen, semi-loyale Parteigänger der Rechtspopulisten zurück ins demokratische Lager zu ziehen und gleichzeitig die offen antidemokratischen Kerne zu isolieren. Denn ein schlichtes Verbot rechtspopulistischer Parteien würde bedeuten, den Illiberalismus mit illiberalen Methoden einzuschränken.

Mit der Schwäche von dezidiert linken Parteien in Westeuropa haben die Rechtspopulisten in den vergangenen zwei Dekaden fast so etwas wie das Oppositionsmonopol gegen die etablierte Politik und „die da oben“ für sich reklamieren können. Damit gewannen sie eine Bedeutung und Sichtbarkeit, die meist über ihre Wähleranteile hinausgehen. Resiliente Demokratien benötigen jedoch starke, demokratieloyale und kooperationsbereite Parteien in Regierung und Opposition. Auch während profunder Krisen, wie der Pandemie und des Klimawandels, darf die demokratische Opposition – wie intensiv sie auch ihre Rolle wahrnimmt – nicht delegitimiert werden oder sich selbst temporär entmachten. Gerade in Zeiten von Krisen, wenn die Exekutive noch stets Macht und Kompetenzen an sich zieht, kommt der Opposition eine besondere demokratische Wächterrolle zu. Zudem müssen demokratische Parteien ihre Repräsentativität und Responsivität gerade gegenüber der vulnerablen unteren sozioökonomischen Hälfte der Gesellschaft verstärken. Gleichzeitig sollten sie andere Beteiligungsverfahren wie Volksabstimmungen oder Bürgerräte fördern und nicht blockieren. Denn Parteien werden in den individualisierten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts nicht mehr alleine die gesellschaftliche Repräsentativität im politischen System garantieren können. Insofern stellen zusätzliche Partizipations- und Repräsentationsmöglichkeiten auch eine Entlastung der Parteien und ihrer Verantwortung dar. So verstärken etwa Bürgerräte nicht nur den gesellschaftlichen Input in die staatliche Politikformulierung, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Demokratie selbst.

2.3 Zivilgesellschaft

In den letzten drei Dekaden konnte die reale Zivilgesellschaft nicht mit der Karriere ihres Begriffs Schritt halten. In der Theorie musste sie häufig als Heilmittel für alle denkbaren Malaisen der Demokratie herhalten. Die Empirie verzeichnete dagegen eine Flucht aus kleinen Vereinen und großen gesellschaftlichen Verbänden. Gleichzeitig gewannen politische NGOs und die explizit politische Zivilgesellschaft an Stärke. Dieser Teil der Zivilgesellschaft hat seine unbezweifelbare Kraft im Aktivismus sowie der extraparlamentarischen Kontrolle der Mächtigen und Herrschenden. Amnesty International, Transparency International oder die Deutsche Umwelthilfe decken Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsskandale auf oder bringen Verstöße gegen Umweltnormen vor Gericht. Sie erfüllen wichtige Transparenzfunktionen in der Demokratie. Die gesellschaftlichen Brückenfunktionen der klassischen Vereine und Verbände können diese politisierten NGOs jedoch kaum übernehmen. Denn die politischen zivilgesellschaftlichen „Assoziationen“ (Tocqueville 1987 [1835]) bilden sich heute zunehmend nur noch innerhalb der eigenen sozialen Klassen und Schichten, eng definierter moralisch-kultureller Milieus oder sexueller Präferenzen und Identitäten. Dieser Trend zur subkulturellen Segmentierung der Gesellschaft hat sich in vielen westlichen (Zivil-)Gesellschaften verstärkt. So vertiefen sie eher die Gräben in der Gesellschaft. Dies wird insbesondere in den Debatten über die Immigration, über Covid-19 und den Klimawandel sichtbar. Sie führen eher zu diskursiven Abrissen von Brücken in der Gesellschaft als zu deren Aufbau und Festigung. Die Exklusion der „Anderen“, und nicht die Inklusion „aller“, kennzeichnet die gegenwärtige Textur und Kerndynamik unserer (Zivil-)Gesellschaften. Was in den USA weit fortgeschritten ist, scheint sich wieder einmal mit einer gewissen Zeitverzögerung auch in Europa auszubreiten. Haben Tocqueville und Marx auf ihre je eigene Art recht, dann halten die Vereinigten Staaten von Amerika dem alten Kontinent Europa wieder einmal den Spiegel seiner Zukunft vor. Keine guten Aussichten.

Für die Resilienz der Demokratie muss außer Zweifel stehen, dass die Zerteilung der Zivilgesellschaft in Freund und Feind überwunden, zumindest aber gestoppt wird. Es gilt soziales Brückenskapital (*bridging social capital*) zwischen den einzelnen Teilgesellschaften zu bilden. *Bonding social capital* innerhalb einzelner Großgruppen und Teilgesellschaften (z. B. Migranten, Klassen, Kosmopoliten, Nationalisten) vertieft dagegen die Gräben und untergräbt das gemeinschaftliche Gefühl der gesellschaftlichen Zugehörigkeit. Die Rechte spaltet die Gesellschaft mit ihrem Ethnonationalismus. Die sich selbst ausgrenzenden und ausgegrenzten Querdenker – eine Minderheit in der Gesellschaft – radikalisieren sich und die gesellschaftlichen Debatten. Aber nicht nur die Rechte spaltet die Gesellschaft. Auch die gebildeten, sozial meist privilegierten linksliberalen Kosmopoliten benützen

ihre weit ausgefranzten (Kampf-)Begriffe wie Rassismus, Sexismus, Corona- und Klimaleugnung, um sich selbst als aufgeklärt und moralisch abzuheben und die andersdenkenden „Anderen“ aus der Gemeinschaft der Vernünftigen, Wahrheitsfähigen und Anständigen auszugrenzen. Auch das trocknet den Humus der Gemeinsamkeit aus. Ohne ein bestimmtes Maß an Empathie, Toleranz und Gemeinschaftssinn können repressionsarme, freiheitliche Demokratien nicht florieren. Gerade die meinungsstarken, meist privilegierten linksliberalen Kräfte und Medien sollten ihrerseits auf ausschließende Narrative verzichten und die Entpolarisierung der Gesellschaft unterstützen. Dogmatisieren sie ihre politischen Positionen als die einzigen werthaltigen und richtigen, verlieren sie ihren liberalen Charakter und nehmen illiberale Züge an. In Zeiten polarisierender Krisen schwächt das die demokratische Resilienz an der Basis.

2.4 Politische Gemeinschaft

E pluribus unum oder zeitgemäßer *diversity in community*, das ist die Wunschformel gelingender Gemeinschaftsbildung im 21. Jahrhundert. Die westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften sind divers und von unterschiedlichen Identitäten geprägt. Dies bietet ein reiches Reservoir an kultureller Kreativität und demokratischem Pluralismus, besonders dann, wenn es gelingt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Identitäten in einer toleranten Gesellschaft zu vereinen. Jede einzelne, minoritäre und gemeinschaftsverträgliche Identität soll geschützt werden. Nur dann können sich deren Mitglieder als wechselseitig anerkannt begreifen und sich als gleiche Freie einem größeren Ganzen zugehörig fühlen. Wenn aber Identitäten, seien sie nationalistischer, religiöser, sexueller oder weltanschaulicher Provenienz, wechselseitig intolerante Ausprägungen annehmen und keinen Sinn für das notwendig Gemeinschaftliche entwickeln, verliert die politische Demokratie ihre soziale Basis. Sie zerfällt.

Dabei sollten die öffentlichen Diskurse die Relevanz wieder unterscheiden lernen, die zwischen der durchaus richtigen Anerkennung auch minisküler Gender- und Transvarianten und dem flächendeckenden gerechtigkeits-theoretischen Skandal existiert, dass die kapitalistischen Demokratien der Ober- wie Unterschicht eine nicht legitimierbare Bestandsgarantie abgeben: Die oberen 20 Prozent bleiben in aller Regel oben, die unteren 20 Prozent in aller Regel unten. Um dies noch einmal herausgehoben zu betonen: Die freie Wahl des eigenen Sexus und Gender soll in einem demokratischen Rechtsstaat auch für kleinste Minderheiten geschützt werden, aber die systematische Abkopplung der Unterschichten von fairen Lebenschancen ist ein ungleich relevanteres Problem für unsere Gesellschaften. Denn typischerweise verfügen Erstere durchaus über eine eigene relevante Stimme in der

Politik und den Medien, während diese von Letzteren kaum und, wenn überhaupt, nur advokatorisch wahrgenommen wird. Allerdings werden die zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts mit dem postfossilen Umbau des Industriestaats die soziale Frage wieder mit Recht und Wucht in den Vordergrund rücken. Nur wenn diese „große Transformation“ über eine faire Lastenverteilung (Rawls 1975) für oben und unten organisiert werden kann, können die europäischen Gesellschaften die drastischen amerikanischen (Nord wie Süd) Ungleichheitsverwerfungen vermeiden und die Gesellschaft zusammenhalten. Das wird für die Gesellschaft, Gemeinschaft und Demokratie wichtiger werden, als die postmaterialistischen Identitätsdiskurse in der jeweils aktuellsten korrekten Begrifflichkeit zu führen.

Braucht die politische und soziale Gemeinschaft für ihre resiliente Selbstbeschreibung also ein Identitätsnarrativ? Ein nationalistisch-chauvinistisches, wie es die Rechtspopulisten aller Länder zu evozieren suchen? Bestimmt nicht. Der Versuch, dieses zu schreiben, hat im vergangenen Jahrhundert nichts als eine Blutspur durch Europa gezogen. Ob dies im 21. Jahrhundert grundlegend anders sein kann, mag bezweifelt werden. Dolf Sternberger und später Jürgen Habermas haben nicht zuletzt deshalb dem „dicken“ ethnisch-nationalistischen Narrativ des völkischen Nationalismus das „dünne“ Identitätsangebot des Verfassungspatriotismus entgeggestellt. So elaboriert und demokratieaffin dieses Angebot auch sein mag, es erscheint zu intellektuell, um den Menschen einer Massengesellschaft ein krisenfestes Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Dieses Zugehörigkeitsgefühl ist aber die unverzichtbare Grundlage, die gestärkt werden kann durch eine offene Gesellschaft, in der faire Institutionen und Verfahren eine gerechte Verteilung von materiellen Gütern, ideellen Werten und gleichen Lebenschancen erlauben; nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Verfassungswirklichkeit. Dafür könnten die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts eine Art neuer „Sattelzeit“ (Koselleck) abgeben, wenn es gelingt, die klimapolitischen Transformationen mit dem notwendigen sozialen Lastenausgleich zu kombinieren. Die Krise und der Umbruch böten – zumindest theoretisch – auch Chancen für eine gesellschaftliche Transformation.

3 Resilienzfunktionen

Will ein demokratisches System seinen demokratischen Bestand sichern, muss es bestimmte Funktionen erfüllen. Drei solcher grundlegenden politischen Funktionen, die nicht zuletzt in Krisenzeiten über das Resilienzpotenzial einer Demokratie entscheiden, sind: *Zukunft verstehen, Probleme lösen, fair entscheiden.*

3.1 Zukunft verstehen

Zukunft verstehen und langfristig nach Zukunftserkenntnissen handeln, ist eine der Schwachstellen der Demokratie. Hier müssen sich das politische System und seine Entscheidungseliten den Erkenntnissen der Wissenschaften öffnen. Wie können aber die Wissenschaften helfen, diese Schwächen zu vermindern? Die zuständigen Wissenschaftsdisziplinen können auf Probleme in der Zukunft besser aufmerksam machen als die im Alltagsgeschäft befangene Politik. Der Klimawandel ist dafür ein herausragendes Beispiel. Auf seine zerstörerische Brisanz hat die Klimaforschung seit mindestens drei Jahrzehnten öffentlich verwiesen. In den offenen Gesellschaften haben die wissenschaftlichen Erkenntnisse, Mahnungen und Warnungen aber erst in der letzten Dekade einen breiten öffentlichen Resonanzraum gefunden. Die klassischen demokratischen Verstärker, wie soziale Bewegungen, NGOs, Verbände, öffentliche Diskurse, Gerichte und schließlich Parteien, haben diesen Resonanzraum ausgedehnt, sensibilisiert und gefüllt. Ein Problem ist dabei allerdings sichtbar geworden. Soziale Bewegungen, wie etwa Fridays for Future (FFF), haben ein naives und letztlich problematisches Verständnis von Wissenschaft(en) und ihrer Rolle in einer demokratischen Gesellschaft. *Follow the science* oder *Science has told us* suggerieren, die Wissenschaft gäbe es in einem eindeutigen Singular und diese diagnostiziere unmissverständlich nicht nur unisono das Problem, sondern schlage gleich auch die einzig richtigen Lösungswege mit wissenschaftlicher Autorität vor. Die wissenschaftliche Erkenntnis im Singular mag noch bei der allgemeinen Diagnose vorliegen, dass der Klimawandel von Menschen verursacht wurde. Wie aber die globale Erderwärmung am effektivsten gestoppt oder reduziert werden kann, da differenzieren sich die wissenschaftlichen Strategien (glücklicherweise) aus.

Die Strategiefrage zu effektiven und gesellschaftsverträglichen Lösungen ist freilich keine primär wissenschaftliche. Sie ist zutiefst politisch, weil je nach Policy-Entscheidung verschiedene Individuen, Gruppen, Schichten und Klassen gewinnen und verlieren werden. Gleich zu Beginn der gegenwärtig regierenden Ampelkoalition von SPD, FDP und Grünen wurde dieses Dilemma deutlich, als die Europäische Kommission und mit ihr Staaten wie Frankreich, die Niederlande, Finnland, Tschechien und weitere Länder Osteuropas, die friedliche Nutzung der Kernenergie als ein probates Mittel klimaneutraler Politik ansahen. Teile der deutschen Ampelkoalition, insbesondere die Grünen lehnen die Kernenergie jedoch strikt ab. An dem Beispiel zeigt sich, die zivile Nutzung der Kernenergie ist keine primär wissenschaftliche, sondern in der anschließenden Bewertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse eine genuin politische Frage.

Follow the science ist ein problematischer Mythos. Welcher Wissenschaft soll die Politik folgen? Die Wissenschaften müssen der Politik ihr Wissen, ihre Pro-

blemdiagnosen zur Verfügung stellen. Schon bei der Strategie zur Problemlösung aber können sie nur unterschiedliche Wege mit ihren jeweiligen Risiken und Chancen modellieren. Die Klimaforschung kann nur über das Klima reden. Für die Einschätzung der mit der Klimapolitik verbundenen wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen oder sozialen Folgen hat sie keine Kompetenz. Darüber muss sie als Wissenschaft schweigen. Das ist letztinstanzlich eine Sache der Politik. Sie allein kann nach demokratischen Verfahren allgemeinverbindliche Entscheidungen treffen. Aber die Politik muss offen bleiben gegenüber den unterschiedlichen Quellen unabhängiger Forschung. Sie muss diese fördern, ohne sie beeinflussen zu wollen. Sie muss ebenfalls den Pluralismus wissenschaftlicher Erkenntnisse akzeptieren. Dies schließt keineswegs aus, dass sie sich im internen Diskurs und in der Entscheidung auf bestimmte Forschungsergebnisse besonders stützt. Wichtig ist dabei, dass eine Epistemisierung der Politik wie eine Politisierung der Wissenschaft vermieden wird. Was eine zukunftsorientierte Politik braucht, ist die stets offene „lose Kopplung“ (Luhmann 1984) der Teilsysteme „Wissenschaft“ und „Politik“. Wird die Kopplung zu eng und bilden sich Dominanzen der einen oder anderen Seite heraus, erodieren die jeweiligen Leistungspotenziale.

3.2 Probleme lösen

Nicht nur beim Erkennen von Problemen, sondern auch bei deren Lösung spielen die Wissenschaften und Experten eine wichtige Rolle. Herausragend waren in den letzten Jahren die Entwicklung wirkungsvoller Impfstoffe gegen das Coronavirus oder in der Klimapolitik die Entwicklung regenerativer, CO₂-armer Energieproduktion.

Warum werden aber wissenschaftliche Erkenntnisse nicht einfach 1:1 umgesetzt, zum Beispiel in der Klimapolitik? Erstens liefern die Wissenschaften in der Regel Diagnosen, Modelle und Szenarien und keine Umsetzungsstrategien. Und wo sie es tun, überschreiten sie nicht selten die Grenze zwischen Wissenschaft und Politik. Zweitens ist die Politik, anders als die hochspezialisierte wissenschaftliche Forschung, notwendigerweise Generalist. So gibt es in der Migrationsfrage, der Pandemiebekämpfung und der Klimapolitik nicht nur ein politisches Problem, sondern bei der Problembearbeitung müssen vielfältige Folgewirkungen eines Politikbereichs berücksichtigt werden, die auf Freiheitsrechte, Wirtschaftswachstum, den Arbeitsmarkt, Ungleichheit, Generationen- und Genderfragen abstrahlen. Die Vieldimensionalität und die bisweilen konfligierenden Ziele müssen deshalb in ein mehrdimensionales Geflecht von Interessen, Werten, *trade-offs* und Kompromissen eingebunden werden. Forschung fokussiert meist nur auf ein Erkenntnisziel, Politik ist notwendigerweise vielzielig.

Gegenwärtig bringen Klimaaktivisten und engagierte Wissenschaftler (*science for future*) gerne die vermeintliche Eindeutigkeit der wissenschaftlichen Wahrheit gegen die Uneindeutigkeit politischer Kommunikation und die kompromissgebundene Entscheidungsfindung in Stellung. Dann werden – so die Kritik – bestenfalls „Klimapäckchen“ geschnürt und nicht die notwendigen Klimapakete gepackt. Staats- oder Politikversagen heißt das dann – wo die Wissenschaft doch schon den richtigen Weg gewiesen habe. Diese Art von Wissenschaftspopulismus, die sich so unfreiwillig prägnant in dem Imperativ *follow the science* findet, führt letztendlich zur Entmündigung demokratischer Politik. Determiniert die Wissenschaft Lösung und Lösungsweg, bleibt der Politik kaum autonomer Raum. Sie wird überflüssig. Das ist eine Form von technokratischem Populismus, der die Resilienz und Legitimität demokratischer Politik schwächt. An dieser Stelle ist noch einmal an Niklas Luhmann zu erinnern, der die jeweilig spezifischen Kommunikationscodes gesellschaftlicher Teilsysteme wie Wissenschaft, Wirtschaft und Politik herausgearbeitet hat. Nur wenn diese Codes nicht von außen gestört oder wechselseitig gar überformt werden, behalten sie ihre Leistungsfähigkeit. Das gilt für Wissenschaft wie Politik.

Allerdings hat die Demokratie ein besonderes Problem, wenn sie langfristige Reformen rational zu entscheiden und politisch effektiv umzusetzen hat. Man kann dieses Problem das Dilemma der Asynchronität von politischer Investition und Amortisation nennen. Die Demokratie hat kurze Wahlzyklen – häufig vier Jahre. Diese verlocken rationale, stimmenmaximierende Politikerinnen und Politiker nicht selten zu kurzfristigen Handlungsperspektiven, weil sie wiedergewählt werden wollen. Das zieht Probleme nach sich. Langfristige Reformen, wie die Klimapolitik, Renten oder Bildung, werden auch deshalb zu wenig angegangen, weil am Anfang hohe wirtschaftliche, soziale und politische Investitionen anfallen, die elektoralen Amortisationen dieser Investitionen aber möglicherweise erst in der nachfolgenden Legislaturperiode und dann noch vom politischen Gegner eingestrichen werden können. Den Klassiker dieser divergierenden Zeithorizonte lieferte in der jüngeren Vergangenheit die zweite rot-grüne Regierungskoalition unter Kanzler Gerhard Schröder (2002–2005). Die Umsetzung der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen, wie nützlich sie auch immer für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und die Gesamtgesellschaft waren, richteten vor allem im eigenen Lager diskursive und elektorale Flurschäden an. Sie führten letztendlich zur Wahlniederlage der SPD im Jahr 2005 und danach zu langfristigen Wähler- und Mitgliederinbußen der Sozialdemokratie. Nutznießer waren die Unionsparteien, weil die neugewonnenen Wachstums- und Beschäftigungsschübe nun auf ihr Regierungskonto einzahlten. Profitiert hatte auch Die Linke, die sich nach der Agenda 2010 als die einzig wahre linke Partei und Verteidigerin der sozialen Gerechtigkeit inszenieren konnte.

Mit einem ähnlichen Asynchronitätsproblem von politischer Investition und ihrer elektoralen Amortisation könnte die derzeitige Ampelkoalition (seit 2021) in der Klimapolitik konfrontiert werden. Der Ausstieg aus den alten fossilen Energiequellen dürfte kurzfristig größere wirtschaftliche, soziale und politische Kosten produzieren, als regenerative Energieträger Gewinne in Produktion, Konsumption und Klima erwirtschaften können. Die Zeitspanne zwischen Investition und Amortisation würde sich dann sozial und politisch für die handelnde Regierung als kostspielig erweisen. Nur wenn die Ampelkoalition die anfallenden Kosten sozial fair verteilt und die Hoffnung und das Vertrauen auf klimapolitische Erfolge und eine nicht allzu ferne bessere Zukunft in weiten Teilen der Bevölkerung aufrechterhalten werden kann, wird sie nicht an den Wahlurnen bestraft werden. Gelingt ihr das nicht, wird die gesamte Demokratie in Deutschland darunter leiden. Dann wird das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit des demokratischen Systems Probleme zu lösen, in die Resilienz seiner Institutionen und die Glaubwürdigkeit der politischen Eliten weiter abnehmen.

3.3 Fair entscheiden

Resiliente demokratische Politik muss also fair entscheiden. Das kann im emphatischen Sinne über Rawls hinaus auch „gerecht“ heißen. Die Gleichwertigkeit anerkennungswürdiger Interessen aller Bürgerinnen und Bürger spielt dabei eine wichtige Rolle. Dies zu berücksichtigen, ist schon in Normalzeiten nicht einfach. In tiefen Krisen ist es besonders schwer. In großen Transformationen, die in der Regel wirtschaftliche, soziale, technologische und politische Umwälzungen beinhalten, kommt die bereits erwähnte Faustregel zum Tragen, dass es besonders die unteren Schichten bzw. die untere Einkommenshälfte sind, die die größte Bürde zu tragen haben. Chancen und Risiken in Krisen sind auch in (kapitalistischen) Demokratien hochgradig ungleich verteilt. Das mag den sozial privilegierten Aktivistinnen von FFF nicht gegenwärtig sein. Aber demokratische Entscheidungen dürfen eben nicht nur den spezifischen Sichtweisen eindimensionaler sozialer Bewegungen oder einer einzigen wissenschaftlichen Disziplin folgen. Was deren interne Stärke ist, kann der demokratischen Politik Schwäche sein. Wissenschaft, soziale Bewegungen oder demokratische Politik besitzen eine je eigene Logik. Diese spezifischen Logiken machen ihre jeweilige Leistungsstärke aus. Diese und faire Entscheidungsergebnisse muss eine resiliente demokratische Politik garantieren. Gerade darin sind liberaldemokratische Regime den anderen politischen Regimen in der Regel überlegen. Der Liberalismus garantiert Offenheit und Pluralismus, die demokratischen Verfahren ermöglichen den Druck der Bürgerinnen und Bürger auf die Entschei-

dungsprozeduren. Faire Verfahren und faire Verfahrensergebnisse sind unverzichtbare Bestandteile zur Stärkung demokratischer Resilienz.

4 Formen der Resilienz

Den *Funktionen* demokratischer Resilienz sollen deren unterschiedlichen *Formen* an die Seite gestellt werden. Formen heißt, wie reagieren demokratische Systeme, wenn sie wie in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts exogenen Schocks und internem Stress ausgesetzt sind. Ich habe in Anlehnung an die vorhandene Literatur zur Thematik in meinem Mehrebenenmodell demokratischer Resilienz drei Formen (Eigenschaften) vorgeschlagen: widerstehen, reagieren und wiederherstellen (s. Abb. 1). Die drei Begriffe suggerieren eine Zeitlinie. Trifft der Stress auf ein demokratisches System, seine Institutionen und Akteure, reagieren Letztere häufig mit Widerstand. Sie mobilisieren dabei Resilienzpotenziale, die bisweilen in demokratischen Institutionen eingebaut sind. So kann etwa die Justiz auf die Ausdehnung exekutiver Macht reagieren. Demokratische Parteien können eine *conventio ad excludendum* vereinbaren, die wie in Deutschland die rechtspopulistische AfD von allen Regierungskoalitionen und politischen Koalitionen ausschließt. Verbote gegen politische Organisationen können von den dafür autorisierten Institutionen (Exekutive, Legislative, Judikative) ausgesprochen werden. Die Zivilgesellschaft kann Gegendemonstrationen und Rockkonzerte „gegen Rechts“ organisieren. In der Bundesrepublik Deutschland werden gegen antidemokratische Anfeindungen gerne Verbote verlangt, oder es wird nach Observierung durch den Verfassungsschutz gerufen. Erstaunlicherweise werden solche Maßnahmen gegenwärtig häufig von Linken und Grünen gefordert, deren Altvorderen in den 1970er Jahren selbst vom Verfassungsschutz beobachtet oder von „Berufsverboten“ betroffen waren. Damals haben dies konservative Kreise mit zeitweiliger Zustimmung der SPD (Ministerpräsidenten-Erlass) betrieben. Je mehr aber Beobachtungen durch den Verfassungsschutz und Verbote als Maßnahmen in den Vordergrund rücken, umso mehr läuft eine demokratische Ordnung Gefahr, illiberale Tendenzen zu befördern, die ihrerseits Stress in der liberalen Textur demokratischer Gesellschaften verursachen. Die „wehrhafte Demokratie“, die der Soziologe Karl Mannheim in den 1930er Jahren vor allem in der Zivilgesellschaft verorten wollte, wird heute von der Linken gegen die Rechte eher in einer staatsfixierten „Beobachtungs- und Verbotskultur“ gesehen.

Sind die Widerstandspotenziale zu wenig wirkungsvoll oder aufgebraucht, verstärken sich die Mühen einer *Anpassung* von Routinen, Verfahren und Institutionen als zweiter Resilienzform. Dies ließ sich besonders gut während der Coronakrise in Deutschland beobachten. Das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger

wurde hauptsächlich zu Beginn der Krise einem strikten Reglement unterworfen. Dafür mussten zeitweise Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt werden. Gleichzeitig wurde das Infektionsschutz-Gesetz in Rekordzeit novelliert. Aber nicht nur Gesetze wurden verändert, sondern auch informelle Formen des Regierens bemüht. Die sogenannte Ministerpräsidenten-Konferenz ist dafür das bekannteste Beispiel. Dies war die Stunde der Exekutive und der Selbstbeschränkung der Legislative. Das soll hier nicht bewertet, sondern nur beschrieben werden. Es zeigt aber die raschen und tiefgreifenden Anpassungsreaktionen der politischen Akteure, die mehrheitlich die gesetzliche Impfpflicht im Bundestag im Frühjahr 2022 scheitern ließen. Nach den Monaten überschießender Exekutivlastigkeit, zeigte sich die wieder erwachte liberale Resilienz des parlamentarischen Systems. Die dramatische Phase der Pandemie war vorbei. Mit ihr endeten auch die restriktiven Einschränkungen demokratischer Freiheitsrechte. Man kann dies bei aller Kritik an den einzelnen Maßnahmen auch als ein Beispiel demokratisch-parlamentarischer Resilienz gegenüber einem fortsetzungsbereiten Paternalismus in Teilen der Exekutive auf Kosten von Grundrechten bezeichnen.

Nach dem Widerstehen und Anpassen ist das Wiederherstellen die dritte Form demokratischer Resilienz. Diese bedeutet, krisenbedingte Beschädigungen oder Einschränkungen der Demokratie wieder zu beheben und den institutionellen wie prozeduralen Status quo ante wiederherzustellen. Denn selbst wenn Einschränkungen demokratischer Rechte in dramatischen Krisen gerechtfertigt oder verfassungsgemäß sein können, geht es nach Ende der Krise darum, rechtsstaatliche Prinzipien und die demokratische Kultur einer Gesellschaft wieder in Geltung zu setzen. Deutschland nach dem Ende der Coronakrise steht hier als weitgehend positives Beispiel. Allerdings kann eine Wiederherstellung demokratischer Rechte auch durch neue demokratische Institutionen und Akteure geschehen. Unverzichtbare Bedingung dafür ist, dass diese in demokratischen und verfassungskonformen Verfahren etabliert wurden. Es ist eine besondere Form demokratischer Resilienz, wenn sich solch neue Verfahren den veränderten Handlungsbedingungen „anpassen“ und den essenziellen Prinzipien der Demokratie weiter und vielleicht sogar besser Geltung verschaffen. Möglicherweise ist dies die voraussetzungsvollste der drei Formen demokratischer Resilienz. Wir beobachten das in den USA nach Donald Trump und in Brasilien nach Jair Bolsonaro, wenngleich der Prozess in beiden Ländern alles andere als abgeschlossen ist. Die defekten Demokratien Polens und Ungarns stehen noch vor einem solchen liberaldemokratischen Neuanfang.

Trotz der außerordentlichen Konjunktur des Begriffs demokratische Resilienz darf abschließend die Frage gestellt werden: Was ist neu an dem Begriff? Wissenschaftliche Begriffe, die rasch in den modischen Alltagsgebrauch einwandern, verlieren häufig ihre Konturen und analytische Tauglichkeit. Was erlaubt der Be-

griff an neuen Einsichten in der Erforschung politischer Regimedynamiken? Was erklärt demokratische Resilienz besser als die Begriffe oder Konzepte „demokratische Stabilität“ oder „demokratische Konsolidierung“? Gerade das Konzept der demokratischen Konsolidierung besitzt ebenfalls einen analytischen Doppelcharakter: Es erlaubt differenzierte Beschreibungen des Status quo, wie es Erklärungen für den Prozess der Konsolidierung einer Demokratie über die Zeit hinweg ermöglicht. Auch in einem solchen Prozess lassen sich Funktionen, Institutionen und Akteure in ihren jeweiligen Interdependenzen dechiffrieren (Merkel 1998). Letztendlich sehe ich zwei neue Aspekte eines wissenschaftlichen Mehrwerts. Der erste birgt durchaus Spuren der Banalität in sich. „Demokratische Resilienz“ als Begriff ist hier und jetzt anschlussfähiger an die einschlägigen Diskurse. Begriff und Konzept der demokratischen Konsolidierung tragen den Staub vergangener Debatten. Sie erinnern stärker an den demokratischen Aufbruch nach 1989 als an den schleichenden Niedergang demokratischer Standards heute. Insofern hat der Begriffswechsel wegen seiner Diskurs-Anschlussfähigkeit schon per se seinen eigenen diagnostischen Wert. Aber es gibt noch einen zweiten Aspekt. Demokratische Resilienz betont mehr die Widerstandspotenziale demokratischer Systeme. Sie fokussiert stärker auf variationsoffene Funktionen als auf statische Strukturen. Das ist nicht wenig in Zeiten multipler Krisen. Aber es ist auch typisch für diese. Es geht der Demokratieforschung heute nicht so sehr um die Demokratisierung der Demokratie wie noch dreißig Jahre zuvor, sondern um deren Verteidigung. Vielleicht ist dies der begriffliche Beweis, dass zwar nicht unbedingt „die“ Demokratie per se in der Krise steckt, aber viele real existierende Demokratien von einer Erosion ihrer liberaldemokratischen Standards betroffen sind.

Literatur

- Bröckling, Ulrich. 2017. „Resilienz. Über einen Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts“. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. Zuletzt abgerufen am 22. Juni 2023. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/80731>.
- Diermeier, Matthias und Judith Niehues. 2021. „Demokratische Resilienz in Deutschland?“ *Vierteljahreshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung* 48 (IW-Trends 3/2021): 89–112.
- Habermas, Jürgen. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lührmann, Anna und Wolfgang Merkel, Hrsg. 2023. *Resilience of Democracy. Responses to Illiberal and Authoritarian Challenges*. London/New York: Routledge.
- Luhmann, Niklas. 1984. *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merkel, Wolfgang. 1998. „The Consolidation of Post-Autocratic Democracies: A Multi-Level Model“. *Democratization* 5 (3): 33–67.
- Merkel, Wolfgang. 2023: *Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Campus.

- Merkel, Wolfgang, Hrsg. 2015. *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rawls, John. 1975. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Scharpf, Fritz. 2000. *Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung: Games Real Actors Play*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schuppert, Gunnar Folke. 2021. „Wie resilient ist unsere ‚Politische Kultur‘?“ *Der Staat* 60 (3): 473–493.
- Svolik, Milan, Johanna Lutz, Filip Milacic und Elena Avramovska. 2023. „In Europe, Democracy Erodes from the Right“. *Journal of Democracy* 34 (1): 5–20.
- Tocqueville, Alexis de. 1987 [1835]. *Über die Demokratie in Amerika*. Zürich: Manesse.
- Zürn, Michael. 1998. *Regieren jenseits des Nationalstaats*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.